



Unsere Antwort auf Hochrüstung mit „Europäischer Verteidigungsarmee“ (Vorwand Brexit und Trump-Wahl), auf offene Kriegsansage als EU Army, Navy & Air Force:

Gemeinsame EU-Initiativen zur Rüstungskonversion (Umstieg von Waffen- auf Zivilproduktion) und zur Zivilklausel (Militärisches raus aus Hochschulen)

In beiden Fällen gibt es große Probleme hier. Wie soll das gehen mit Unterstützern in anderen EU-Ländern, die noch größere Probleme haben. **„Wir haben keine Chance. Nutzen wir sie.“**

Rüstungskonversion: Im Mai sprach Anne Rieger in Karlsruhe auf SPD-Einladung über die Pläne der IG Metall in Anlehnung an den Beitrag von Roman Zitzelsberger im Friedensratschlag 2015 über das IG Metall Vorstandsprojekt „Konversion und Diversifikation“ mit Erarbeitung betriebliche Handlungsleitfäden, regionalen Workshops und Auswertung in Strategiepapieren. Wo aber gibt es ein erstes konkretes Konversionsbeispiel? Zitzelsberger meinte, das Ende der Blockkonfrontation sei das bislang erfolgreichste Konversionsprogramm gewesen. Ja, aber NATO/USA/EU haben die Konfrontation zügig wieder aufgebaut. Und jetzt gibt es niemanden mehr außer uns. Die unermüdliche Anklage von Jürgen Grässlin gegen die weltweiten Mordgeschäfte von Heckler & Koch hat gerade zu einer verlogenen Reaktion der Firma geführt. Die Exporte in Diktaturen wie Saudi-Arabien sollen eingestellt werden. Saudi-Arabien hat aber schon lange die G36-Produktionslizenz. Die Firma scheint auf die öffentliche Kritik reagieren zu müssen. Ein neuer Ansatzpunkt für die IG Metall, die Beschäftigten für den Umstieg auf Zivilprodukte zu gewinnen. **Ein wunderbares Beispiel für die vorgeschlagenen europaweiten Abrüstungsinitiativen gab es 2012 in Italien, wie Peter Strutynski in der AG Friedensforschung dokumentierte. Die Beschäftigten der Firma „Morellato Termotecnica“ aus Ghezzano (Nähe Pisa) lehnten aus ethischen Gründen trotz Arbeitsplatzsorgen in einer Urabstimmung mit überwältigender Mehrheit die Übernahme eines großen Rüstungsauftrags ab.** Im Juni hat bei der Roboterfirma Kuka in Augsburg der chinesische Haushaltsgerätehersteller Midea gegen heftigen Widerstand der Bundesregierung die Aktienmehrheit übernommen. Kuka hatte sich von einem reinen Rüstungsbetrieb in einen zivilmilitärischen Betrieb gewandelt und wird nunmehr aus Geschäftsinteresse die zivile Komponente ausbauen. Kooperation statt Konfrontation.

Zivilklausel: Gegenwärtig ist Bremen ein bemerkenswertes Beispiel. Die Offensive der Bundeswehr mit einem militärischen Frauenstudiengang an der Hochschule Bremen ist auf entschiedene Ablehnung gestoßen mit einem klugen Widerstandskonzept, nämlich Verteidigung der Zivilklausel verbunden mit der Forderung nach einer erweiterten Zivilklausel mittels Friedenskonzeption im Hochschullehrplan, z.B. Lehrstuhl für Rüstungskonversion. Anfang November konnte der Öffentlichkeit und den Verursachern Rektorat und Bremer Wissenschaftsministerium ein Rechtsgutachten vorgelegt werden. Darin wird nachgewiesen, dass die Bundeswehr-Kooperation gegen die Zivilklausel der Hochschule und gegen die gesetzliche Zivilklausel des Landes Bremen verstößt. Im bundesweiten Zivilklauseltreffen am 9.X.16 bei NatWiss in Berlin wurde festgestellt, dass das ein bundesweiter Präzedenzfall ist. Wenn sich die Bundeswehr in Bremen durchsetzt, wären alle drei Dutzend Zivilklauseln faktisch beerdigt worden. Hier ist die bundesweite Friedensbewegung gefordert und Kassel ist die erste maßgebliche Versammlung. Apropos Kassel. Das Gutachten wurde von RA Bernd Hoppe aus Kassel erarbeitet, der bereits 2012 ein Zivilklausel-Gutachten für die Uni Kassel erstellt hatte. Nach demjenigen 2009 von Erhard Denninger für das KIT Karlsruhe das dritte Rechtsgutachten in der Zivilklausel-Bewegung. Noch zum Thema Konversion in Augsburg. Dazu hat Peter Feininger für die Friedensstadt eine „Kommunale Zivilklausel“ vorgeschlagen. Danach würde bei städtischen Neuansiedlungen von Privatfirmen verlangt, auf militärische Anwendungen zu verzichten. Eine exzellente Brücke zwischen Rüstungskonversion und Zivilklausel.

Schlussgedanke: Die Unterstützung der beiden begründeten Initiativen durch Verbreitung mittels MdEP-Parlamentariern (s. MdEP Sabine Lösing, Workshop C4) ist von großer Bedeutung. Könnte die Forderung nach einer EU-Rüstungskonversions-Initiative und einer EU-Zivilklausel-Initiative als Ergebnis des Friedensratschlags 2016 festgehalten werden?

Anmerkungen: Alle benannten Fakten können in der Web-Doku der Initiative gegen Militärfor-schung an Universitäten nachgelesen werden <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf> Die Passage zur Firma „Morellato Termotecnica“ konnte aufgrund der Workshop-Diskussion dankenswerter Weise hinzugefügt werden.